



Nordlichter

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei
Hamburg Nord

Januar 2019 <http://www.dkp-hamburg.de>
Zeitung der DKP Gruppen im Bezirk Hamburg Nord
4. Jg. - Nr. 18

- Pflegenotstand S. 1
- Woche des Gedenkens S. 2
- Recht und Gesetz S. 2
- Hartz IV S. 3
- Mieten S. 3
- Stadtteilrundgang S. 4
- Brecht, Mahagonny S. 4

100 000 Pflegekräfte für unsere Gesundheit, statt 800 Panzer für ihre Kriege!

42 Milliarden im Haushaltsplan 2019 für die Rüstung.

Olaf Scholz (SPD) lässt sich bei den Anforderungen der CDU Kriegsmi-
nisterin von der Leyen nicht lumpen. In einem gigan-
tischen Aufrüstungspro-
gramm, das zumindest
bis 2023 geplant ist, wer-
den 800 neue Panzer als
Ersatz für den Leo II, Dro-
nen, Kampfhubschrauber,
und elektronische Ausrü-
stung für den Cyber-Krieg
angeschafft.

Dies ist verbunden mit einer Verän-
derung der Strategie der Bundeswehr.
Hatte nach 1990 der schnelle Einsatz
weltweit (Afghanistan, Mali) im Vorder-
grund gestanden, ist die neue Orientie-
rung wieder auf einen Landkrieg an der
Ostgrenze Europas (Baltikum, Ukraine)
gerichtet. Hier wird kräftig gezündelt.
Hier werden deutsche Panzer und Sol-
daten in Stellung gebracht. Dazu passt,
dass der deutsche Generalstab für 2019
das Oberkommando über die schnelle
Eingreiftruppe übernimmt.

Das sind nicht unsere Kriege. Wir wol-
len ein friedliche Welt, frei von imperia-
listischem Streben nach Vormacht, zur
Ausbeutung anderer Länder.

**Während für diese gefährlichen
Manöver reichlich Geld vorhanden
ist, fehlt es an anderen Stellen umso
mehr.**

**So im Gesundheitswesen, wo bun-
desweit über 100 000 Stellen fehlen.**



DKP auf der Demonstration des Pflegebündnisses Hamburg, September 2018

Doppelt so viele Hamburger wie
nötig, über 27 000, haben den Antrag
der Volksinitiative für mehr Personal im
Krankenhaus unterzeichnet.

Sie haben sich damit für eine gesetz-
liche Regelung der Personalbemessung
eingesetzt, die dafür sorgen will, dass
genügend Krankenpfleger und Kran-
kenpflegerinnen zur Verfügung ste-
hen, um eine bedarfsgerechte Pflege zu
ermöglichen.

Der Hamburger Senat (SPD/Grüne)
klagt nun gegen den Initiativantrag vor
dem Hamburger Verfassungsgericht,
erreicht damit einen Aufschub, erhofft
sich vielleicht sogar eine Möglichkeit
zur Ablehnung des Volksbegehrens.
Das ist eben die Sozialdemokratie an
der Macht.

Seine Argumentation ist scheinheilig,
wenn er erklärt, auch die Gesundheits-
senatorin sei für mehr Personal, gleich-
zeitig aber das Anliegen der Initiative
bekämpft. In Bayern unterstützen dem-

gegenüber SPD und
Grüne ein vergleich-
bares Volksbegehren.
Das „Pflegepersonal-
stärkungsgesetz“ von
Jens Spahn (CDU) ist
ebenso scheinhei-
lig. Hiernach sollen
die 25% der Kran-
kenhäuser mit dem
geringsten Personal
aufstocken dürfen,
während die anderen
75% sogar Personal
abbauen können. Das
ist echte Einsparung

nach Art der neoliberalen Koalition.

Den Mangel an Pflegekräften muss
auf dem Hintergrund der Privatisierung
kommunaler Krankenhäuser und Pfl-
geeinrichtungen und der jahrelangen
Kostensenkung auf dem Rücken der Kol-
leginnen und Kollegen gesehen werden.

Gegenüber der Klage, es gäbe zu
wenig ausgebildetes Personal, erklärt
die Gewerkschaft Ver.di, dass dies haus-
gemacht sei. Bessere Vergütung und
bessere Arbeitsbedingungen würden
den Beruf attraktiver machen. So sind
in Kalifornien, als dort eine Personal-
bemessung eingeführt wurde, ein gro-
ßer Teil derjenigen, die auf Teilzeit ge-
gangen sind, wieder auf Vollzeitstellen
gekommen.

**Sowohl Abrüstung als auch eine
Verbesserung der Arbeitsbedingun-
gen, der Lebensbedingungen, der
sozialen Versorgung, brauchen eine
andere Gesellschaftsordnung, in der
der Mensch im Mittelpunkt steht**



**Gegen das Europa der Banken, Konzerne und
Kriegstreiber - Nein zur EU.
Für ein soziales und friedliches Europa der Völker**

Die DKP kandidiert im Mai 2019 zum Europaparlament



Woche des Gedenkens 2019 Bezirk Hamburg-Nord

angeregt von der Bezirksversamm-
lung Hamburg-Nord
Weitere Veranstaltungen im Flyer

Sonntag, 13.01., 13 Uhr

Polittbüro, Steindamm 45

Gemeinsam gegen den Hass

Podiumsdiskussion mit Esther Bejarano,
Detlef Garbe, Regula Venske, Ruben Her-
zog, David Begrich, Aktivisten aus der An-
tifa, Hamburger Schulen gegen Rassismus

Dienstag, 29.01., 19.30 Uhr

Bürgerhaus Barmbek, Lorchstr. 28a

Die sieben Geheimnisse des NSU - Auf der Spur rechten Terrors

Barmbeker Initiative gegen Rechts,
VVN Hamburg Nord

Freitag, 01.02., 19.00

Museum der Arbeit, Wiesendamm 3

Konzert: Esther Bejarano mit Microphone Mafia und Rapfugees,

„Rap we find refuge!“ , Ticket 5€

Samstag, 03.02., 14 - 17 Uhr

Informationszentrum Zwangsarbeit, Wil-
helm Raabe Weg 23

Zwangsarbeit im Norden Hamburgs 1943 - 1945

Veranstalter: Willi-Bredel-Gesellschaft Ge-
schichtswerkstatt e.V.

Dienstag 12.02., 19.30 Uhr

Bürgerhaus Barmbek, Lorchstr. 28a

Der NSU Komplex

Mit Ibrahim Arslan, Überlebender des
Brandanschlages in Mölln und Gürsel Yil-
drim, Ramazan Avici Initiative. Sie berich-
ten über die Wirkung des NSU-Prozesses
auf Opfer und Angehörige

Donnerstag, 14.02., 11 - 13 Uhr

Gedenkstätte Kolafu, Suhrenkamp 48

Sonderführung in der Gedenkstätte

mit den Zeitzeugen Ilse Jacob und Ursula
Suhling

Veranstalter: VVN-HH-Nord und

Willi-Bredel-Gesellschaft

Samstag, 02.03., 11.00 - 17.00 Uhr

Zinnschmelze, Maurienstr. 19

Seminar:

Argumente gegen Angst und Populis- mus - Mit neuen Erkenntnissen gegen alte Parolen

Veranstalter: Barmbeker Ini gegen Rechts
und Zinnschmelze

„Der größte Lump im ganzen Land das ist und bleibt der Denunziant.“

Hoffmann von Fallersleben, (1798 - 1874), eigentlich August Heinrich Hoffmann, deutscher Schriftsteller, dichtete 1841 auf Helgoland »Das Lied der Deutschen«, dessen 3. Strophe die heutige deutsche Nationalhymne ist.

Das Hamburger Abendblatt beteiligt sich kritiklos an den Machenschaften der Sonderkommission „Schwarzer Block“. Es werden Fotos von mutmaßlich Beteiligten an den Aktionen gegen den G 20 Gipfel gezeigt. Auf keinem der Fotos ist auch nur ansatzweise eine gewalttätige Handlung zu erkennen. Sie entstammen einem Datensatz von 32 000 Video- und Bilddateien der Polizei. Wer nun öffentlich im Abendblatt gesucht wird, ist willkürlich. Allein die Teilnahme an einer Demonstration, an deren Rand es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen ist, reicht für die öffentliche Jagd aus. Für das Abendblatt sind sie alle Randalierer. Bei einer



Hamburger Abendblatt, 14.12.18, S.11

so dürftigen Beweislage und fragwürdigen Ermittlungsmethoden der Polizei (ihr Vorgehen ist bereits mehrfach richterlich gerügt worden) dürfte eigentlich keine Rechtsgrundlage für das Verfahren bestehen, das am 18. Dezember vor dem Landgericht begann. Vorsorglich hatte die Staatsanwaltschaft, allerdings ohne Erfolg, die Vorsitzende Richterin abgelehnt, da diese von einer geringen Haftstrafe ausgegangen sei.

us

Löschung der biometrischen Datenbank angeordnet

Der Hamburger Datenschutzbeauftragte Caspar hat die Löschung der biometrischen Datenbank, mit deren Hilfe die Polizei nach Randalierern beim G 20 Gipfel fahndet, angeordnet. Von den 32 000 Video- und Bilddateien aus dem Juli 2017, die mit einer Gesichtserkennungssoftware gescannt wurden, seien massenhaft Bürger betroffen, die nicht tatverdächtig seien. Im Rechtsstaat sei nicht alles zulässig, was technisch möglich sei. *junge welt 20.12.2018, S. 4*

Wer die Sicherheit des Eigentums gefährdet

Justiz-Senator Till Steffen (Grüne) hat einen dritten Staatsschutzsenat beim Oberlandesgericht eingerichtet. Vorsitzende Richterin ist Petra Wende-Spors. „Wir erwarten in nächster Zeit mehrere Staatsschutzverfahren in Hamburg“, so der Gerichtssprecher. *Hamburger Abendblatt, 27.12.2018, S. 14*

Noch Betten frei

Die sechs Hamburger Gefängnisse verfügen über 2163 Betten. Die Haftkapazitäten reichen derzeit aus, so die Justizbehörde Hamburgs. - Sabine Sütterlin-Waack, CDU Justizministerin in Schleswig-Holstein: „Wir freuen uns auf die Inbetriebnahme von neuen Haftplätzen im Jugendvollzug in 2019“.

Hamburger Abendblatt, 27.12.2018, S. 18

Faschistische Bewegungen erweisen sich in vielfältiger Hinsicht als brauchbar für die Klasseninteressen des Kapitals, das ist insbesondere von Reinhard Opitz herausgearbeitet worden. Sie dienen nicht nur zur Ablenkung mit der eine unzufriedene Bevölkerung abgehalten wird, sich einer linken, demokratischen Opposition zuzuwenden. Sie sind gleichzeitig auch dazu geeignet, mit dem Verweis auf die hinter ihnen gesammelte Basis, andere Organisationen unter Druck zu setzen und zu einer weiteren Rechtsentwicklung zu bewegen. Darüber hinaus dienen sie sozusagen als Trainingslager für eine Brutalisierung, für die zunehmend rücksichtslosere Durchsetzung vorgeblich „nationaler“ Ziele. Und schließlich sind sie auch willkommen, wenn sie die Kräfte der demokratischen Opposition beschäftigen, sie einschüchtern und bekämpfen.

Wenn wir uns also mit rechten Umtrieben befassen, so müssen wir immer bedenken, welche Funktion sie erfüllen und uns nicht an den Erscheinungsformen allein abkämpfen. Neofaschisten und Rassisten gehören bekämpft und öffentliche Auftritte gehören verhindert und blockiert, aber das reicht nicht aus.

Fortsetzung auf Seite 3

Hartz IV – oder die Schande der SPD

Erinnern wir uns einmal an Weihnachten 2003, damals wurde das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, erarbeitet von der Hartz Kommission unter der Leitung von Peter Hartz, beschlossen.

Ein Gesetz, das nie seine Ziele erreichte, sondern zu einem Instrument der Repression und des Lohndumpings wurde. Die Schere zwischen Armen und Reichen wird größer und insbesondere die Kinderarmut steigt und die Stadt Hamburg, die mit der höchsten Milliardendichte, hält den traurigen Rekord mit bereits vier Kälte-Toten.

Peter Hartz selbst war ebenso unzufrieden mit der Umsetzung und meinte: „Nicht überall, wo Hartz drauf steht, ist auch Hartz drin.“ In dem 2007 erschienenen Buch „Macht und Ohnmacht“ stellte er zudem fest: „Herausgekommen ist ein System, mit dem die Arbeitslosen diszipliniert und bestraft werden.“

Indes ist der Erwerbslose nicht schuld an seiner Misere sondern das anarchische Produktionssystem, das Kapitalismus heißt. Ungeachtet dessen drangsaliert der Gesetzgeber Erwerbslose und Geringverdiener mit einem riesigen, teuren strafenden Apparat. Jobcenter sanktionieren jährlich fast doppelt so viele Menschen wie sie und die Arbeitagenturen zusammen in Arbeit vermitteln. Allein 2016 kürzten oder entzogen sie 416.000 Menschen 940.000 mal jeweils drei Monate lang das Existenzminimum. Betroffen war damit erneut ein Zehntel aller erwerbsfähigen Leistungsbezieher. Nicht nur Erwerbslosen- und Sozialverbände halten das für verfassungswidrig. Auch Gewerkschafter, Richter und Anwälte teilen diese Ansicht inzwischen.

Über die Vielzahl falscher und rechtswidriger Bescheide wollen wir hier gar nicht reden, aber wer berechnete Anträge stellt, wird oft behandelt, als verlange er goldene Badezimmerarmaturen.

Nach eigenen Erfahrungen bleibt einem nur der Klageweg, um dann einen

Kompromiss zu erlangen, der bereits im Vorwege in Zusammenarbeit mit dem Sozialgericht erarbeitet wurde, darüber gehen dann schon einmal drei Jahre ins Land. Auch wenn der Erwerbslose seit 2003 als Kunde bezeichnet wird, kann niemand von Kundenfreundlichkeit ausgehen.

Unerwähnt bleiben soll hier auch nicht die unglaubliche Diffamierungskampagne gegen Hartz IV Empfänger, die z.B. von Bild-Zeitung und CDU angezettelt wurde, die gerne von der „sozialen Hängematte“ reden. Wer so argumentiert, muss sich die Frage gefallen lassen, wer der Gesellschaft mehr schadet, der mutmaßliche Sozialbetrüger oder die Vielzahl von Steuerhinterziehern.

Die DKP fordert daher die Anhebung der Hartz IV Sätze und sagt dazu in ihrem EU-Wahl-Programm:

- **Solidarität statt Ausgrenzung.**
- **Für gesetzliche Mindestlöhne ohne Ausnahmen.**
- **Die EU steht für Armut!**

Mit den Hartz-Gesetzen wurde das reiche Deutschland zum Niedriglohn-Land gemacht. Dadurch können EU und Euro genutzt werden, um schwächere EU-Staaten hemmungslos auszuplündern.

Den hochverschuldeten Ländern wurde unter Einschränkung ihrer nationalen Souveränität – insbesondere auf deutschen Druck – ein rigider Spar- und Verarmungskurs aufgezwungen. Massenhafter Stellenabbau im öffentlichen Dienst, rigorose Kürzung von Renten, Löhnen und Sozialleistungen und die Privatisierung staatlicher Betriebe führten zu einer gigantischen Entlassungs- und Armutswelle. Gewinner sind die Kapitalisten, die Banken und Konzerne in den betroffenen Ländern, aber vor allem in den starken Ökonomien Deutschland und Frankreich.

Angesichts schwindenden Zuspruchs und kaum programmatischer Unterschiede zur CDU fordert Andrea Nahles nun die Abschaffung von Hartz IV.

Ihr sei gesagt, wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen und wer zweimal lügt, dem glaubt man nicht!

ulli

Fortsetzung von Seite 2, Faschistische Bewegungen

Wir müssen darüber hinaus untersuchen, was denn da in diesen politischen Erscheinungen der vielfältigen faschistischen Bewegungen und ihrer Stärke zum Ausdruck kommt; also von welchen realen Entwicklungen sie die zu beobachtenden Erscheinungen sind. Es müssen die Klasseninteressen erkennbar gemacht werden, die auf Grundlage der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse in Form eben dieser politischen Erscheinungen um Durchsetzung ringen. Dazu ist es unabdinglich, die Zielsetzung der Herrschenden wahrzunehmen und zu begreifen. Für viele ist klar, dass der vorläufige Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus in Europa dabei eine entscheidende Zäsur darstellt. Insbesondere in Bezug auf Deutschland.

Aus: Referat der Bezirksvorstandstagung der DKP Hamburg, Dezember 2018



Mieten Seit 2013 sind in Hamburg die Mieten um 19 Prozent gestiegen.

Dulsberg:

Die dringend notwendige Modernisierung des Stadtteils und die Renovierung zahlreicher Wohnungen auf dem Dulsberg soll in den kommenden Jahren erfolgen.

Keine Rendite mit der Miete!
Für eine soziale Wohnungspolitik



Menschenwürdiges und bezahlbares
Wohnen für Alle!
Forderungen der DKP Hamburg

Allerdings könnte das in zahlreichen Fällen auf Kosten der Mieter geschehen. Bekanntlich werden Renovierungskosten auf die Miete umgelegt. Das könnte vor allem für diejenigen, die bereits lange hier wohnen, zu Mietkosten führen, die nicht mehr bezahlbar sind. Noch liegt die Durchschnittsmiete auf dem Dulsberg bei ca. 8,50 €.

Im aktuellen Hartz IV Regelsatz sind monatlich vorgesehen für:	
Nahrung, Getränke	154,04
Freizeit, Kultur	39,91
Telekommunikation	37,20
Bekleidung, Schuhe	36,45
Wohnen, Energie, Instandhaltung	36,89
Innenausstattung, Haushaltsgeräte	25,64
Dienstleistungen	32,99
Verkehr	34,66
Gesundheit	15,80
Gaststätte, Hotel	10,35
Bildung	1,06



FREIES GRAS

In Kanada wurde am 17. Oktober 2018 landesweit der Konsum von Marihuana legalisiert.

Im diesjährigen Drogenbericht der CDU/SPD Regierung wird weiterhin die Forderung von Experten, Medizinern, Betroffenen, Angehörigen und selbst von Polizeibeamten nach Freigabe von Cannabisprodukten ignoriert.

Das Hamburger Abendblatt vom 23.10. beklagt stattdessen die mangelnde Jagd nach Drogenkonsumenten im Schanzenpark. Schon immer war der Ausstieg aus der Hetzjagd der Arbeitswelt ein Stein des Anstoßes. Die Unternehmer setzen weiter auf Prohibition.

**“Damals bei uns in Groß Borstel”,
Erinnerungen und Berichte über Nazizeit, Krieg und Neubeginn
Sa, 9. Februar 2019, 14 - 16 Uhr,
Treffen vor Bäckerei Junge, Borsteler Chaussee, Bus 114**

**Stadtteilrundgang
mit Udo Spengler**

Am 9. Februar 2019 findet im Rahmen der Woche des Gedenkens der Bezirksversammlung Hamburg Nord erneut ein Stadtteilrundgang durch Groß Borstel statt, um sich der Geschichte unseres Stadtteils in der Zeit des Faschismus und des Krieges zu vergegenwärtigen.

Wissen Sie, dass 1942 in der Borsteler Chaussee ein 21-jähriger belgischer Bäckergehilfe erschossen wurde?

Wissen Sie, dass Groß Borstel bis 1943, dem großen Feuersturm, der Stadtteil Hamburgs mit den meisten Bombentreffern war? Die erste Bombe fiel bereits im November 1939. Grund waren die von den Nazis auf die grüne Wiese gesetzten Vereinigten Deutschen Metallwerke, die Flugzeugmotoren herstellten.

Wissen Sie, dass es in Groß Borstel drei Zwangsarbeitslager für französische und russische Kriegsgefangene gab, die bei der VDM arbeiten mussten (Gelände des heutigen Aldi, Gelände des heutigen Sportplatzes Brödermannsweg, Gelände der heutigen Lufthansa-Sportanlage)?

Wissen Sie, dass im Geesmoor 1943 drei Monate ein entfloherer Widerstandskämpfer illegal verbor-

gen wurde und dadurch überleben konnte?

Wissen Sie, dass im Schröderweg hohe Nazifunktionäre (der Hamburger NS-Gesundheitssektor F. Ofterdinger, und der NS-Reichsfachgruppenleiter-Rechtsanwälte Walter Raeke) wohnten?

Der Stadtteilrundgang zeigt eindrücklich, wohin der Krieg führte,

**DAMALS BEI UNS IN
GROSS BORSTEL**



*Erinnerungen und Berichte über
Nazizeit, Krieg und Neubeginn*

aber auch dass es Solidarität vor allem für Häftlinge gegeben hat. Groß Borstel hatte während der Zeit des Faschismus auch eine andere Seite, eine menschliche und friedliebende und diese hat es auch heute.

Die Broschüre zum Stadtteilrundgang „Damals bei uns in Groß Borstel“ ist vergriffen (1300 Ex.) und nur noch als pdf-Dokument bei der DKP Groß Borstel erhältlich.

DER RAUCH

Das kleine Haus unter Bäumen am See
Vom Dach steigt Rauch
Fehlte er
Wie trostlos dann wären
Haus, Bäume und See.

Bertolt Brecht, Gedichte

Wir wünschen
unseren Lesern:
Ein friedliches und
erfolgreiches Jahr
2019



**Allen AfD Anhängern
zum Grüße**

In den letzten Wochen der Netzstadt Mahagonny demonstrierten die noch nicht Erledigten für ihre Ideale - unbelehrt.

*Nämlich dieses schöne Mahagonny
Hat alles, solange ihr Geld habt.
Dann gibt es alles,
Weil alles käuflich ist
Und weil es nichts gibt, was man nicht kaufen kann.*

**FÜR DIE FREIHEIT DER REICHEN LEUTE
FÜR DIE TAPFERKEIT GEGEN DIE WEHRLOSEN
FÜR DIE EHRE DER MÖRDER
FÜR DIE GRÖSSE DES SCHMUTZES
FÜR DIE UNSTERBLICHKEIT DER GEMEINHEIT
FÜR DEN FORTBESTAND DES
GOLDENEN ZEITALTERS**

FÜR DIE DUMMHHEIT

Bertolt Brecht, Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny, Oper, 1929

**Theorie für die Praxis
Seminar 4,**

**Sozialismus und der Traum von
einer besseren Gesellschaft**

Samstag 16. Februar 2019, 10 - 17 Uhr
Marxistisches Bildungszentrum,
Lindenallee 70 a, 20259 Hamburg
<http://www.marxistische-abendschule.de>



DKP Hamburg-Nord vor Ort:

**Infostand in Barmbek
Samstag, 23. Februar 2019
10.00-13.00 h,
Fuhlsbüttlerstraße 386,
Ecke Hartzloh (vor dem Buchladen)**

Unsere Zeit
Zeitung der DKP
jetzt online unter:
www.unsere-zeit.de

Mitglied werden
**Wer die Welt verändern will,
braucht Mitstreiter!**
Lerne uns kennen, komm zu unserem
Treff oder schreibe uns eine email. Wir
freuen uns.